Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr

Einladung

zur

24. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verkehr

Sitzungstermin: Freitag, 01.09.2023, 16:00 Uhr

Raum, Ort: Lily-Braun-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

- 2 Kommunikation zur Schulwegsicherheit im Bezirk verbessern **0308/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 3 Schulwegsicherheit im Bezirk beschleunigen **0311/6**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4 Sicherer Schulweg zur Halensee Grundschule **0501/6**
Bezirksverordnetenvorsteherin

- 5 Ein großer Tunnel für die Bundesallee **0326/6**
CDU-Fraktion

- 6 Fahrradboxen für alle! **0333/6**
Fraktion DIE LINKE

- 7 Entwicklung eines Konzepts zur Förderung und Erhaltung von **0480/6**
Wochenmärkten
SPD-Fraktion

- 8 Erlass von Parkgebühren für Schichtarbeiter und andere Berufsgruppen **0232/6**
der notwendigen Infrastruktur an ihrem Arbeitsplatz
FDP-Fraktion

9	Wirtschaftsverkehr in die Kantstraße integrieren
CDU-Fraktion	0521/6
10	Wer sucht, findet nicht immer...
CDU-Fraktion	0533/6
11	Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung	
12	Verschiedenes	

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Ralph Schöne
Ausschussvorsitzender

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD-Fraktion

Kempf/Weise/Balkow/Zimmer/Sempf

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0308/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6

Kommunikation zur Schulwegsicherheit im Bezirk verbessern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine AG Schulwegsicherheit zur Verbesserung der Kommunikation mit Eltern, Elternvertretungen, Bezirksschulbeirat und Schulen im Bezirk einzurichten. Diese soll regelmäßig als beratendes Gremium zusammenkommen. Themen sollen die Maßnahmen für die Schulwegsicherheit im Bezirk sein. Zu den Teilnehmenden sollen die Stadträte für Schule und für Verkehr, Vertretungen aus den Ausschüssen Schule und Sport sowie Öffentliche Ordnung und Verkehr der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), die zuständigen Beschäftigten des Bezirksamtes, Vertretungen der Berliner Polizei, die im Bereich der Verkehrssicherheitsberatung tätig sind, sowie eine Vertretung der im Mobilitätsrat vertretenen Verbände, die Expertise zum Thema haben, gehören. Sie sollen gremien- und ressortübergreifend Optimierungspotenziale der Schulwegsicherheit identifizieren und standortbezogen erörtern.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Studien zur Schulwegsicherheit zeigen zahlreiche Möglichkeiten zur Verbesserung durch bauliche Maßnahmen auf. Zusätzlich sollen auch aktuelle Gefahrenstellen identifiziert und Lösungsmöglichkeiten besprochen werden.

Bei der Einrichtung kann sich auf die Erfahrungen des BA Lichtenberg gestützt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD-Fraktion

Kempf/Weise/Balkow/Sempf/Murach

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0311/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
17.11.2022	BVV	BVV-014/6

Schulwegsicherheit im Bezirk beschleunigen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, im Zusammenhang mit Bauarbeiten an Schulen Maßnahmen für die Schulwegsicherheit im Bezirk zu ergreifen. Priorität haben Maßnahmen, die die Sichtbeziehungen zwischen Kraftfahrzeugen und den Schülern verbessern, zeitlich begrenzte Maßnahmen wie Schulstraßen und kleine bauliche Maßnahmen, die schnell zu realisieren sind:

- die Errichtung von Pollern
- die Entfernung von Parkplätzen vor den Schulen
- die Einrichtung von Dialog-Displays
- Prüfung von Maßnahmen zur Einrichtung von sogenannten „Schulstraßen“
- den Einsatz von Schülerlots:innen, insbesondere an Fußgängerquerungen, deren bauliche Verbesserung nicht sofort umgesetzt werden kann.

Weiterhin soll sich das Bezirksamt bei der zuständigen Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucherschutz dafür einsetzen, Tempo 30 im Umfeld von Schulen aufgrund der Schulwegsicherheit anzuordnen.

Der BVV ist bis zum 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Die in den Studien zur Schulwegsicherheit festgestellten Mängel, können auf Grund des nötigen Investitionsrahmens nur nach und nach beseitigt werden. In der Zwischenzeit gilt es mit günstigeren Maßnahmen Verbesserungen zu erreichen.

Bei Schulstraßen (Beispiel Wien) handelt es sich um Straßen, in denen temporäre Fahrverbote eingerichtet werden (eine halbe Stunde vor Schulbeginn, ggf. auch am Nachmittag). Dies hat zur Folge, dass es unattraktiver wird, Kinder mit dem Auto zur Schule

zu fahren, dadurch fahren Kinder verstärkt mit dem Rad oder dem ÖPNV zur Schule bzw. gehen zu Fuß. Positiver Nebeneffekt: Kinder tanken morgens frische Luft und können sich in der Schule besser konzentrieren. In Wien wurden inzwischen (nach einer Pilotphase) drei Schulstraßen dauerhaft eingerichtet, weitere sollen folgen. Die Zufriedenheit der Schulen und Eltern hiermit ist groß. Es sollte geprüft werden, ob diese Maßnahme auch in unserem Bezirk an einigen Schulen, zunächst als Pilotversuch umsetzbar ist.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Bezirksverordnetenvorsteherin

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0501/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
25.05.2023	BVV	BVV-020/6 überwiesen
14.06.2023	Schule	Schule-002/6

Sicherer Schulweg zur Halensee Grundschule

Die BVV möge beschließen:

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wird ersucht, sich beim Bezirksamt dafür einzusetzen, prüfen zu lassen, wie der Schulweg zur Halensee Grundschule sicherer gemacht werden kann.

Begründung:

Besonders die Damaschkestraße ist im Kreuzungsbereich östlich von der Joachim-Friedrich-Straße von vielen Fahrzeugen zugeparkt. Dies beeinträchtigt in hohem Maße die Sicherheit für Schulkinder bei der Überquerung der Damaschkestraße, da es keinen klar gekennzeichneten Übergangsbereich gibt. Die Damaschkestraße ist zudem besonders breit und wird in beiden Richtungen befahren. Bitte überprüfen sie, welche Möglichkeiten es gibt, den Schulweg zur Halensee Grundschule beim Überqueren der Damaschkestraße sicherer zu machen.

(Beschluss des Kinder- und Jugendparlaments)

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Fenske

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0326/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Ein großer Tunnel für die Bundesallee

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich für eine Verbindung des Tunnels Berliner Straße/ Badensche Straße bis zum Tunnel Bundesplatz einzusetzen.

Der BVV ist bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Begründung:

Durch die Verbindung des Tunnels Berliner Straße/ Badensche Straße bis zum Tunnel Bundesplatz, soll ein Lückenschluss inklusive Überdeckung entstehen. Damit würde die Bundesallee oberirdisch von der Berliner Straße bis hin zur Kreuzung Bundesplatz/Detmolder Straße bzw. Wexstraße nur noch zweispurig sein und der Verkehr von und in Richtung Schöneberg unterirdisch fließen.

Durch die Tunnellösung soll eine Lärmberuhigung des Bundesplatzes, die Aufhebung der künstlichen Durchtrennung des Volksparkes, ein oberirdisches durchgrüntes Straßenprofil, sowie die bisherige Verkehrskapazität der Bundesallee sichergestellt werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Gronde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0333/6**

Beratungsfolge:

Datum *Gremium*

BVV

Fahrradboxen für alle!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf wird beauftragt, in weiteren Kiezen als rund um den Klausenerplatz ausreichend Fahrradboxen aufzustellen. Diese sollen generell möglichst kostenfrei für alle, insbesondere aber für Menschen mit niedrigem Einkommen und Empfänger:innen von Sozialhilfeleistungen oder Wohngeld, zur Verfügung gestellt werden. Die Fahrradboxen sollen ausschließlich auf Parkplätzen und nicht auf Gehwegen errichtet werden.

Der BVV ist bis zum 31.01.2023 zu berichten.

Begründung:

Vor allem im Wohnumfeld, an Bahnhöfen und am Arbeitsplatz, also Standorten, an denen das Fahrrad für einen längeren Zeitraum abgestellt wird, sollten Abstellanlagen zum Schutze der Fahrräder eine verschließbare Überdachung besitzen. Fahrradboxen können das Rad wirksam vor Beschädigung schützen. Zudem fördert ein erhöhtes Angebot an geschützten Abstellmöglichkeiten die Nutzung von Fahrrädern. Jegliche weitere Errichtung von Fahrradboxen soll auf Parkplätzen erfolgen und nicht auf Gehwegen. Die im Klausenerplatz-Kiez errichteten Fahrradboxen sind bisher auf reges Interesse gestoßen und werden ausgiebig genutzt. Leider stehen sie bisher nur wenigen Menschen zur Verfügung. Um auf den hohen Bedarf einzugehen, müssen im Bezirk weitere Fahrradboxen aufgestellt werden. Damit diese von allen Menschen genutzt werden können, sollen diese möglichst kostenfrei für alle, insbesondere aber für Menschen mit niedrigem Einkommen und Empfänger:innen von Sozialhilfeleistungen oder Wohngeld, zur Verfügung gestellt werden. Das geschützte Abstellen von Fahrrädern darf nicht nur Menschen mit hohem Einkommen vorbehalten sein.

Zudem eignen sich Fahrradboxen besonders für die Umnutzung von Kfz-Stellplätzen in Parkhäusern oder Fahrrad-Abstellanlagen an Bahnhöfen. Gruppen von Fahrradboxen können mit Hilfe eines automatisierten Erfassungssystems auch zu personalfreien Abstellanlagen ausgebaut werden. Zugangskontrollsysteme mit Magnetkarten oder Schlössern mit Zahlencodes bieten dabei gegenüber einfachen Türschlössern wesentliche Vorteile.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

SPD-Fraktion

Sempff/Dr. Buß/Saric

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0480/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
25.05.2023	BVV	BVV-019/6 überwiesen
22.06.2023	WiTo	WiTo-002/6 vertagt
31.08.2023	WiTo	WiTo-003/6
01.09.2023	OrdV	OrdV-024/6

Entwicklung eines Konzepts zur Förderung und Erhaltung von Wochenmärkten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Konzept zur Förderung und Erhaltung von Wochenmärkten zu entwickeln. Dazu soll unter anderem der Bedarf an Angeboten, die Besuchsmöglichkeiten zu bestimmten Öffnungszeiten, Meinungen zum Erscheinungsbild und zur Erreichbarkeit der Märkte, durch Befragungen der Bürgerinnen und Bürger ermittelt werden. Die daraus resultierenden Informationen sollen in das Zukunftskonzept einfließen.

Der BVV ist bis zum 30.11.2023 zu berichten.

Begründung:

Um die Wochenmärkte in Charlottenburg-Wilmersdorf zu erhalten und weiterzuentwickeln, soll das Bezirksamt durch eine Umfrage bei den Bürgerinnen und Bürgern deren Bedürfnisse ermitteln, damit interessierte Händlerinnen und Händler ihr Angebot entsprechend anpassen könnten. Neue Standorte, wie der Lehniner Platz, sollen so ermöglicht werden und dem Kleingewerbe kann hier die Möglichkeit gegeben werden, außerhalb der explodierenden Gewerbemiete, ihre Waren vorzustellen bzw. anzubieten.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
FDP-Fraktion
Recke/Bergmann

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0232/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Erlass von Parkgebühren für Schichtarbeiter und andere Berufsgruppen der notwendigen Infrastruktur an ihrem Arbeitsplatz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, soweit möglich im eigenen Ermessen oder nach Abstimmung mit dem Senat, frühzeitig dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der geplanten Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung und möglicher Gebührenerhöhungen in den bereits bestehenden Zonen, keine Parkgebühren für Schichtarbeiter oder Berufsgruppen der notwendigen Infrastruktur erhoben werden. Dies gilt insbesondere für diejenigen Berufsgruppen, die im Rahmen ihrer Tätigkeit auf einen Parkplatz nahe dem Arbeitsplatz angewiesen sind, unabhängig von der Uhrzeit ihrer Berufsausübung. Hier sind pauschal Gebührenbefreiungen für eine bestimmte Parkzone am Arbeitsplatz auszusprechen.

Den Überlegungen des Senats, die pauschalen Gebührenbefreiungen nur für landeseigene Mitarbeiter bzw. landeseigene Krankenhäuser zu bewilligen und auch dies nur an die sog. Wechselschichtzulage zu koppeln, werden durch das Bezirksamt zurückgewiesen.

Begründung:

Das Bezirksamt Mitte von Berlin hat zahlreiche Anträge von Mitarbeitern des landeseigenen Krankenhauses Vivantes Virchow Klinikum auf Befreiung von Parkgebühren mit der Begründung abgelehnt, dass ihr Schichtbeginn nicht vor 05:30 Uhr bzw. nach 00:30h liege und daher eine Befreiung von den Gebühren nur „beim Vorliegen einer besonderen Ausnahmesituation möglich“ sei. Dies sah die Behörde als nicht gegeben an. Damit dies im Rahmen der möglichen Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung, aber auch bei der Erhöhung der Parkgebühren in bestehenden Parkzonen erst gar nicht in Charlottenburg-Wilmersdorf passiert und wir nicht in eine untragbare Situation für die

dringend benötigten Mitarbeiter der notwendigen Infrastruktur kommen, ist eine frühzeitige Sensibilisierung der Verwaltung notwendig. Es braucht eine klare Verwaltungsanweisung, dass bei diesen Berufsgruppen eine pauschale Befreiung für eine Parkzone rund um den Arbeitsplatz auszusprechen ist.

Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Hertel/Goerlitz/Pönack

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 0521/6

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-022/6

Wirtschaftsverkehr in die Kantstraße integrieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, an Unternehmensstandorten entlang der Kantstraße Be- und Entladezonen werktags von 8 bis 18 Uhr einzurichten. Die Be- und Entladezonen sollen den zahlreichen ansässigen Unternehmen, welche auf Transporter angewiesen sind, um ihrem Geschäft nachzugehen, die Möglichkeit eröffnen, nicht länger in der zweiten Reihe parken zu müssen und somit den Verkehr behindern.

Der BVV ist bis zum 31.10.2023 zu berichten.

Begründung: Durch entsprechende Be- und Entladezonen kann der Wirtschaftsverkehr unterstützt werden. Darüber hinaus kann gefährliches Parken in der zweiten Reihe verhindert werden. Die Maßnahme soll es Unternehmen, die keine alternativen Verkehrsmittel (Bspw. Lastenräder) nutzen können, weiterhin Ermöglichen ihrem Gewerbe im Einklang mit den anderen Verkehrsteilnehmern nachzugehen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Hertel/Beyer

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0533/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	
29.06.2023	BVV	BVV-022/6

Wer sucht, findet nicht immer...

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, ob in parkraumbewirtschafteten Zonen Parkplätze für Handwerks-, Kleinunternehmen temporär (z.B. von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr) reserviert werden können.

Der BVV ist zum 30.11.2023 zu berichten.

Begründung:

Es ist unabdingbar die Handwerksbetriebe in unserer Stadt zu unterstützen. Immer mehr Handwerksbetriebe lehnen Aufträge in den City-Bezirken ab, da sie nicht mehr Parkplätze bzw. Ladezonen finden, um ihre Kunden zu beliefern oder Reparaturaufträge durchzuführen.